

## Kasachstan-Affäre: FDP will Klarheit

**BERN** tga/dow. Politische Gegner wie die Jungsozialisten kritisieren die FDP, weil deren Nationalräte Christa Markwalder (Bern) und Walter Müller (St. Gallen) in die Kasachstan-Affäre involviert sind. Und so sah sich die FDP gestern Abend zu einer Stellungnahme veranlasst: Die Parteileitung rügt Müller, der sich 2014 entgegen den Empfehlungen der Bundesversammlung von der PR-Agentur Burson-Marsteller und der Partei Ak Schol zu einer Reise nach Kasachstan einladen liess.

Nachdem Juso-Präsident Fabian Molina eine Anzeige wegen Vorteilsnahme im Amt angekündigt und Korruptionsvorwürfe geäussert hatte, bezog Walter Müller gestern Stellung. Der Vorwurf treffe ihn schwer, die Fakten würden völlig überspitzt dargestellt, sagt er auf Anfrage. Allerdings räumt er ein, dass «die Spielregeln nicht zu 100 Prozent eingehalten wurden». Eigentlich sei vereinbart gewesen, dass er sich mit 1000 Franken an den Reisekosten beteilige. Das wurde in der Folge nicht in Rechnung gestellt. Deshalb will Müller seine Reisekosten jetzt nachträglich bei der PR-Agentur bezahlen. Insgesamt gehe es um 2180 Franken.

### Zurückhaltung gegenüber Agentur

Die Partei beschloss zudem Massnahmen, die rasch Klarheit schaffen sollen. Sie fordert ihre Exponenten auf, sich immer nach den Auftraggebern von Lobbyisten zu erkundigen; diese sollten stets ihre Auftraggeber und Interessen offenlegen. Christa Markwalder verlange von Burson-Marsteller und deren Cheflobbyistin Marie-Luise Baumann, die das umstrittene Geschäft betreute, Transparenz. Unter anderem geht es um die Frage, wer wem Informationen aus einer Kommission weitergegeben hat. Vorher sollten Mitglieder der FDP-Fraktion gegenüber der Agentur höchst zurückhaltend sein. Damit stellt sich die FDP vorderhand hinter Markwalder.

Die Berner Nationalrätin steht am stärksten in der Kritik. Sie reichte 2013 eine Interpellation ein, die in Kasachstan verfasst worden war – und soll Informationen aus einer Kommission weitergegeben haben. Zudem gab die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger der Lobbyistin Baumann den Zutrittsausweis zum Bundeshaus; den fordert sie jetzt zurück. Daneben spielte in der Affäre primär der Sekretär der Gruppe Schweiz-Kasachstan, Nationalrat Christian Miesch (SVP/Basel-Landschaft), eine Rolle. Der 2011 Abgewählte liess sich ebenfalls nach Kasachstan einladen, rückte aber erst danach wieder ins Parlament nach.

## NACHRICHTEN

### Weniger Asylgesuche

**STATISTIK** sda. Im April haben weniger Menschen in der Schweiz um Asyl ersucht als im Vorjahr. 1376 Asylgesuche wurden eingereicht, 6 Prozent weniger als im April 2014. Bereits in den ersten drei Monaten des Jahres war die Zahl der Asylgesuche saisonal bedingt gesunken. Im Vergleich zum März wurden im April 8 Prozent weniger Asylgesuche eingereicht. Stark angestiegen ist die Zahl der Gesuche von syrischen Staatsangehörigen: Sie legten um 45 Prozent auf 145 zu.

### Bundesrat hält an Swissness fest

**FRANKENSTÄRKE** sda. Der Bundesrat will die Swissness-Regeln zum Schutz der Marke «Schweiz» trotz des starken Frankens wie geplant in Kraft setzen. Er sieht keinen Anlass, das Vorhaben aufzuschieben. Im Gegenteil: Der Schutz der Marke «Schweiz» und des Schweizer Kreuzes seien durch die Aufhebung des Euro-Franken-Mindestkurses noch wichtiger geworden. Nur mit glaubwürdigen Regeln könne der hervorragende Ruf der Marke «Schweiz» erhalten bleiben.

# Neue Komplikation mit dem Swiss Pass

**ÖFFENTLICHER VERKEHR** Halbtax- und GA-Kunden, die in Deutschland oder Österreich unterwegs sind, brauchen künftig zusätzlich zum Swiss Pass eine internationale Rabattkarte – im Papierformat.

GERHARD LOB  
schweiz@luzernerzeitung.ch

Ab dem 1. Juni werden die ersten Pionierkunden mit dem neuen Swiss Pass unterwegs sein. Ab dem 1. August wird der Swiss Pass dann schweizweit eingeführt. Statt des blauen GA und des Halbtax-Abos gibt es dann diesen roten Pass, der auf einem Chip die nötigen Informationen über die Gültigkeit der gelösten Abonnemente enthält. Dieser Pass wird sukzessive die herkömmlichen GAs und Halbtax-Abos ablösen. «Der Swiss Pass ist der Schlüssel für einen einfachen, kundenfreundlichen und zukunftsorientierten Zugang zum öffentlichen Verkehr (ÖV) der Schweiz», heisst es in einer Werbeproschüre des Verbands öffentlicher Verkehr (VÖV).

### Geräte im Ausland nicht vorhanden

Einige Probleme wie eine Verlängerung der Kontrollzeiten im Zug – jeder Pass muss einzeln gelesen werden – wurden bereits kontrovers diskutiert. Dies gilt auch für die automatische Laufzeitverlängerung nach einem Jahr, die nach Protesten durch Konsumentenschützer aufgehoben beziehungsweise gelockert wurde. Auf Wunsch wird die Laufzeit auf ein Jahr begrenzt. Nun hat Pro Bahn Schweiz, die Interessenver-



treterung der Kunden des öffentlichen Verkehrs, auf eine neue Komplikation hingewiesen. Sie betrifft die Verwendung von GAs und Halbtax-Abos im grenzüberschreitenden Verkehr.

Wer mit einem Halbtax-Abo oder GA ein grenzüberschreitendes Billett nach Deutschland oder Österreich löst, erhält auf den ausländischen Fahrpreisanteil eine Reduktion von 25 Prozent. Dieser Preisermässigung ist auf dem Ticket erwähnt. Bei der Billettkontrolle muss das Halbtax-Abo oder das GA auch in Deutschland oder Österreich vorgewiesen werden. Nur: Die dortigen Kontrolleure verfügen über keine Geräte, die den neuen elektronischen Pass lesen und damit die Gültigkeit von Halbtax-Abo oder GA kontrollieren könnten.

Die SBB weisen auf die Lösung hin: «Für Kunden, die regelmässig mit der Deutschen Bahn unterwegs sind, gibt es ab dem 1. Juni eine internationale Rabattkarte.» Diese Rabattkarte muss man am Schalter in der Schweiz beziehen. Ein Bezug im Ausland ist nicht möglich. Die Rabattkarte ist für ein Jahr gültig und muss jeweils zusammen mit dem Swiss Pass vorgezeigt werden.

Vor erst wird die Rabattkarte in Form eines Papierbelegs ausgehändigt – sie sieht aus wie ein internationaler Fahrschein. «Wann und in welcher Form eine Weiterentwicklung stattfindet, ist noch offen», teilt die SBB-Pressstelle mit.

### Pro Bahn Schweiz übt Kritik

Wer häufig im grenzüberschreitenden Verkehr unterwegs ist, muss neu statt einer Karte eine Karte plus Rabattschein dabei haben. Die Praxis gilt auch im Nahverkehr beispielsweise für Kunden, die mit einem Bus des Regio-Verkehrsverbundes Lössach (RVL) von Basel Badischer Bahnhof nach Weil am Rhein fahren und dank Halbtax-Abo von vergünstigten Tarifen profitieren. «Im internationalen Bahnverkehr wird es einfach immer komplizierter», hält Edwin Dutler von Pro Bahn Schweiz fest.

## Kita-Streik erfasst ganz Deutschland

**KINDERBETREUUNG** sda. Zur Oma, in die Notbetreuung oder mit ins Büro? Zehntausende Eltern müssen in Deutschland ihr ganzes Improvisationstalent aufbieten, um während des Kita-Streiks ihre Kinder unterzubringen. Die Gewerkschaften haben die Streiks an kommunalen Kindertagesstätten gestern auf ganz Deutschland ausgeweitet. Am Vormittag legten auch Erzieher in Bayern, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen die Arbeit nieder. Damit werde nun in allen Bundesländern unbefristet gestreikt, sagte eine Sprecherin der Gewerkschaft Verdi. Ein Ende ist nicht abzusehen, denn die Arbeitgeber halten die Forderung nach einer besseren Eingruppierung der Erzieher für nicht bezahlbar.

### Firmen organisieren Betreuung

Viele Firmen organisieren inzwischen selbst Angebote für den Nachwuchs von Mitarbeitern. So stockte eine Reihe von Unternehmen wie die Commerzbank und der Frankfurter Flughafenbetreiber Fraport die Kinderbetreuung auf, die den Beschäftigten ohnehin zur Verfügung steht. Die Lufthansa erhöhte die Zahl ihrer «Eltern-Kind-Büros». Das sind Büros, in denen Eltern arbeiten und zugleich ihre Kinder betreuen können.

Die Chefin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Marlis Tepe, forderte von den Unternehmen, sich mit den Kita-Beschäftigten zu solidarisieren. «Auch die Wirtschaft braucht funktionierende Kitas», sagte sie der «Bild»-Zeitung. In vielen Städten machten die Erzieher mit Trillerpfeifen und Plakaten auf ihre Forderungen aufmerksam. «Wir sind es wert», stand darauf. Oder: «Wir managen eine Horde Kinder – wir wollen ein Managergehalt.»

## «Wir warten auf das Ende des Embargos»

**KUBA** Frankreichs Präsident François Hollande besucht Kuba. Er will der Aufhebung des amerikanischen Handelsembargos zuvorkommen.

Von den Zigarren bis zum Rum, von Hemingway bis Che Guevara: Kein Klischee blieb unbemüht, als François Hollande den Fuss auf kubanischen Boden setzte. Grosse, gar lyrische Töne begleiteten den ersten Besuch eines westlichen Staatschefs seit der Verhaftungsserie von 2003, die zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Havanna und Brüssel geführt hatte. Mit Frankreich und Kuba trafen «zwei Länder mit revolutionärer Seele» aufeinander, sinnierte etwa Aussenhandelsminister Matthias Fekl, während die Pariser Zeitung «Libération» in der Karibikinsel ein Bollwerk gegen den «amerikanischen Goliath» sieht – und Hollande in selbstironischer Che-Postur verewigte. Sozialist Hollande ist zwar jeder revolutionären Romantik abgeneigt, aber umso stolzer auf seinen diplomatischen Pionierakt in Havanna, den er mit den – keineswegs ironischen – Worten kommentierte: «Dass Frankreich das erste Land ist, entspricht seiner Berufung.»

2003 hatte der damalige Sozialistenchef Castros Kuba wegen der Repression noch als «Albtraum» für alle Demokraten bezeichnet. Gestern verlor er während der eintägigen Visite kein offizielles Wort zum Thema Menschenrechte, traf er keinen Dissidenten; einzig dem Kardinal Jaime Ortega, Oberhaupt der katholischen Kirche Kubas, verlied er für seine Vermittlung zwischen Regime und Opposition einen Orden.

### «Entwicklung Kubas begleiten»

Der in Paris wohnhafte Dissident Jacobo Machover nannte Hollandes Besuch «deplatziert»; mit harten Worten kritisierte er, dass Paris innerhalb der EU seit 2003 für die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen eintritt. Hollande erwiderte nur indirekt und kurz angebunden, sein Land wolle «die Entwicklung Kubas begleiten». Sein Treffen

mit Gastgeber Raúl Castro stand ganz im Zeichen der «Wirtschaftsdiplomatie», wie die Pariser Zeitung «Le Monde» mit einem kritischen Unterton schreibt. Derzeit ist Frankreich Kubas zehnter Handelspartner und vierter Investor hinter Ländern wie Venezuela, Kanada oder China. Innerhalb der EU haben Spanien und Italien noch engere Handelsverflechtungen mit Havanna. Paris setzte sich hingegen in den letzten Jahren am stärksten in Brüssel für engere Handelsbeziehungen mit Havanna ein.

### Wirtschaftlicher Grossaufmarsch

Entsprechend wirtschaftslastig ist die Delegation des französischen Präsidenten mit sieben Ministern vor allem ökonomischer Prägung sowie mehreren Dut-

zend Unternehmern. Darunter sind Vertreter der grössten Landeskonzerne wie Total (Energie), SNCF (Eisenbahn), Vinci (Tief- und Hochbau), Air France (Luftverkehr) oder der weltweit drittgrössten Seehandelsgruppe CGA-CGM. Diese Präsenz sei auf die Nachfrage der Inselwirtschaft abgestimmt, sagt der Präsident der Freundschaftsgruppe Kuba-Frankreich, der kommunistische Abgeordnete André Chassaing: Kuba brauche Investitionen in die Infrastruktur, Industrie, Informatik, aber auch in den Tourismus.

«Wir warten auf das Ende des Embargos», erklärte Jérôme Cottin-Bizonne, Vorsteher der kubanischen Rum-Marke Havana Club. Die Nummer 3 der Branche, die als einzige noch wirklich in Kuba produziert, gehört zur Hälfte Kuba, zur

Hälfte dem französischen Spirituosen- und Getränkekonzern Pernod-Ricard. Sie steht stellvertretend für das bereits einsetzende Gerangel um Marktanteile in Kuba. Marktleader Bacardi, dessen Geschäftssitz auf den Bermudas liegt, liefert den Franzosen mit Hilfe des US-Embargos seit Jahren einen eigentlichen Handelskrieg, um Havana Club vom US-Markt fernzuhalten. Dagegen versucht Pernod-Ricard, die Marke «Havanista» zu lancieren, die dem Inhalt und der Flasche nach Havana Club entspricht, aber nicht unter das Embargo fallen soll. Cottin-Bizonne sagt, er habe keine Ahnung, wann das US-Embargo gegen Kuba fallen werde. Aber sein Unternehmen stehe bereit.

STEFAN BRÄNDLE, PARIS  
nachrichten@luzernerzeitung.ch



Der französische Präsident François Hollande inmitten einer Menschenmenge in Havanna.

EPA/Alejandro Ernesto